

Werner, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Seiler Hanspeter, Speck, Steinegger, Strahm, Theiler, Weyeneth, Wyss, Ziegler, Zisyadis, Zwygart (42)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*  
Leuba (1)

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

*Motion 93.3564*  
*Abgelehnt – Rejeté*

*Initiative 94.441*

*Ziff. 1 – Ch. 1*

*Abstimmung – Vote*  
Für den Antrag der Mehrheit  
(keine Folge geben) 78 Stimmen  
Für den Antrag der Minderheit  
(Folge geben) 74 Stimmen

*Ziff. 2–9 – Ch. 2–9*

*Abstimmung – Vote*  
Für den Antrag der Minderheit  
(Folge geben) 85 Stimmen  
Für den Antrag der Mehrheit  
(keine Folge geben) 71 Stimmen

*Motion 96.3004*

**Le président:** Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat. La commission maintient la motion.

*Namentliche Abstimmung*  
*Vote nominatif*  
(Ref.: 0777)

*Für Überweisung der Motion stimmen:*  
*Votent pour la transmission de la motion:*

Aeppli, Aguet, von Allmen, Banga, Baumann Alexander, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Bäumlin, Berberat, Bezzola, Bircher, Blaser, Bodenmann, Bonny, Borel, Borer, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bühner, Carobbio, Cavadini Adriano, Cavalli, Chiffelle, Christen, Comby, de Dardel, Deiss, Dettling, Diener, Dormann, Ducrot, Dünki, Dupraz, Eberhard, Egerszegi, Eggly, Ehrlé, Engelberger, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, von Felten, Filliez, Föhn, Freund, Frey Claude, Gadiet, Giezendanner, Goll, Gonseth, Grendelmeier, Grobet, Gros Jean-Michel, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Guisan, Günter, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner, Hämmerle, Heberlein, Herczog, Hess Otto, Hilber, Hochreutener, Hollenstein, Hubmann, Jans, Jeanprêtre, Jutzet, Keller, Kofmel, Kühne, Kunz, Lachat, Langenberger, Lauper, Ledergerber, Leemann, Leu, Leuenberger, Loeb, Loretan Otto, Lötscher, Maitre, Maury Pasquier, Meier Hans, Meier Samuel, Meyer Theo, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Müller-Hemmi, Nabholz, Nebiker, Ostermann, Pelli, Philipona, Pidoux, Raggenbass, Randegger, Ratti, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Sandoz Suzette, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer, Schlüer, Schmied Walter, Semadeni, Simon, Spielmann, Stamm Judith, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner, Straumann, Stump, Suter, Teuscher, Thanei, Thür, Tschäppät, Tschopp, Tschuppert, Vallender, Vermot, Vetterli, Vogel, Vollmer, Weber Agnes, Weigelt, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Wyss, Zapfl, Zbinden (155)

*Dagegen stimmen – Rejetent la motion:*  
Columberg, Hess Peter, Stucky (3)

*Stimmen nicht – Ne votent pas:*

Alder, Aregger, Bangerter, Béguelin, Binder, Blocher, Bortoluzzi, Caccia, Couchepin, David, Dreher, Durrer, Engler, Fasel, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Hasler, Hegetschweiler, Hubacher, Imhof, Marti Werner, Maspoli, Maurer, Oehrli, Pini, Ruf, Scherrer Werner, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Seiler Hanspeter, Speck, Steinegger, Strahm, Theiler, Weyeneth, Ziegler, Zisyadis, Zwygart (41)

*Präsident, stimmt nicht – Président, ne vote pas:*  
Leuba (1)

96.3298

## Motion Baumberger

### Verzicht auf überzählige Schutzräume

### Abris de protection civile superflus

*Wortlaut der Motion vom 19. Juni 1996*

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament Antrag zu stellen für eine Revision des Schutzbautengesetzes in der Weise, dass bei gedecktem Schutzplatzbedarf keine weiteren Schutzräume zu erstellen sind.

*Texte de la motion du 19 juin 1996*

Le Conseil fédéral est chargé de soumettre aux Chambres un projet de révision de la loi sur les abris qui disposera qu'il n'est plus obligatoire de construire d'abris s'il y a suffisamment de places protégées.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Banga, Dettling, Hegetschweiler, Raggenbass, Rychen, Schmid Samuel, Strahm, Widrig (8)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Am 5. Juni 1996 hat der Nationalrat eine Motion seiner Finanzkommission überwiesen, welche mittels Änderung des Schutzbautengesetzes eine Reduktion der Subventionen an öffentliche Schutzräume verlangt.

Neben der Sanierung des Finanzhaushaltes ist auch wesentlich, dass in der Schweiz wieder preisgünstiger gebaut werden kann. Die Revision des Schutzbautengesetzes 1994 hat insofern eine finanzielle Entlastung auch für die privaten Bauten gebracht, als der gesellschaftlichen Realität der personellen Minderbelegung von Wohnungen Rechnung getragen wurde. Indessen bestimmen die Kantone gemäss Artikel 2 Absatz 2 weiterhin, «inwieweit bei einem gedeckten Schutzplatzbedarf sowie für Bauten ohne Kellergeschosse Schutzräume zu erstellen oder Ersatzbeiträge zu leisten sind».

Unter voller Beibehaltung des Bevölkerungsschutzes für Kriegs- und Katastrophenfälle ist es somit angezeigt, bei bereits gedecktem Schutzplatzbedarf keine weiteren Schutzräume erstellen oder finanzieren zu lassen und Artikel 2 BMG zu revidieren. Allfällige Ausnahmen (beispielsweise Neubauten der öffentlichen Hand) wären im Gesetz zu umschreiben.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*  
*vom 16. September 1996*

*Rapport écrit du Conseil fédéral*  
*du 16 septembre 1996*

Die planmässig auf den 1. Januar 1995 in Kraft gesetzte, tiefgreifende Erneuerung des Zivilschutzes bewirkte im baulichen Bereich neben markanten Einsparungen für die öffentliche Hand (insgesamt rund 1 Milliarde Franken) auch eine erheb-

liche Entlastung der Hauseigentümer (etwa 40 Millionen Franken pro Jahr), indem nach dem Verzicht auf Schutzplätze bei Umbauten und Aufbauten der nunmehr auf Neubauten und wesentliche Anbauten eingeschränkte Pflichtschutzraumbau um nahezu einen Drittel herabgesetzt wurde. Gleichzeitig wurden in der revidierten Schutzbautenverordnung Steuerungsmechanismen eingebaut mit dem Ziel, gesamtschweizerisch einen ausgewogenen Ausbaustand zu erreichen und örtliche Überangebote an Schutzplätzen zu vermeiden. Die entsprechenden bundesrätlichen Vorgaben sind mittlerweile im Sinne der vom Motionär angestrebten Zielsetzungen zuhanden der kantonalen und kommunalen Zivilschutzverantwortlichen in Form von Weisungen verdeutlicht worden. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass die Lebensdauer der Schutzräume trotz einwandfreiem Unterhalt beschränkt ist. Zur quantitativen und qualitativen Aufrechterhaltung des erreichten Ausbaustandes ist deshalb eine angemessene Ergänzung mit neuen Schutzräumen erforderlich. Damit kann gegebenenfalls auch allfälligen neuen technischen Anforderungen und Schutzbedürfnissen entsprochen werden. Eine vollumfängliche Aufhebung der Schutzraumpflicht in Gemeinden, in denen 100 Prozent des Schutzplatzbedarfs abgedeckt sind, verbunden mit dem Verzicht auf das 1977 eingeführte System der Ersatzbeiträge dürfte zudem von denjenigen Bauherren, die noch unter die Schutzraumbau- bzw. Ersatzbeitragspflicht fallen, als ungerecht empfunden werden.

Dem Grundsatz der Zivilschutzkonzeption, wonach die Massnahmen zum Schutz der Bevölkerung so wirtschaftlich wie möglich sein sollen, wird seit geraumer Zeit nachgelebt. Er wird insbesondere dadurch verwirklicht, dass die Schutzbauten einfach und robust ausgeführt und wenn immer möglich auch in ordentlichen Lagen genutzt werden. Durch die Standardisierung wurden auch die Projektgenehmigung sowie die Kontrolle und Überwachung der Bauausführung auf äusserst wirtschaftliche und rationelle Weise ermöglicht.

Im Einzelfall ist eine wirksame Kostenbegrenzung insofern gewährleistet, als gestützt auf Artikel 5 der Schutzbautenverordnung die Mehrkosten des vorgeschriebenen Schutzraums auf 5 Prozent der gesamten Baukosten plafoniert sind. Da Keller in der Schweiz schon seit jeher Bestandteil von Wohnbauten sind, sind für deren Ausbau zu Schutzräumen nur geringe Mehraufwendungen erforderlich. Diese liegen im Durchschnitt in der Grössenordnung von weniger als 2 Prozent der gesamten Baukosten.

Neben einer Beeinträchtigung des Gebots der rechtlichen Gleichbehandlung der Bauherren hätte die postulierte Gesetzesrevision zur Folge, dass das angestrebte Ziel eines flächendeckenden und gesamtschweizerischen ausgewogenen Bevölkerungsschutzes mittel- und längerfristig nicht oder nicht mehr gewährleistet werden könnte – und somit dem Grundsatz der Chancengleichheit aller Einwohner der Schweiz im Falle existentieller Gefahren widersprechen würde – oder dass insbesondere der anfallende Ersatzbedarf in der Schutzraumversorgung der Bevölkerung mit Mitteln der öffentlichen Hand gedeckt werden müsste (Bau von öffentlichen Schutzräumen).

Die Motion unterstützt die Beibehaltung des Bevölkerungsschutzes für Kriegs- und Katastrophenfälle. Sie entspricht in ihrer allgemeinen Stossrichtung auch den Absichten des Bundesrates sowie den auf Verwaltungsebene eingeleiteten Massnahmen zu einer noch konsequenteren Steuerung des Schutzraumbaus.

#### *Schriftliche Erklärung des Bundesrates*

#### *Déclaration écrite du Conseil fédéral*

Der Bundesrat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

**Baumberger** Peter (C, ZH): Am 5. Juni dieses Jahres hat der Nationalrat mit 94 zu 29 Stimmen eine Motion der Finanzkommission angenommen, welche auf die Änderung des Bundesgesetzes vom 4. Oktober 1963 über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz (Schutzbautengesetz) abzielt. Danach sind die Bundesbeiträge auf einen Schutzgrad von 80 Prozent auszurichten.

Da ich mich, wie viele von Ihnen wissen, schon seit langem mit dem Anliegen des preisgünstigeren Bauens beschäftige – ein Anliegen notabene, das nicht nur für die Eigentümer, sondern auch für die Mieter von Bedeutung ist –, war dieser Entscheid des Nationalrates für mich Anlass, mich einmal mehr mit Artikel 2 Absatz 2 des Schutzbautengesetzes zu befassen.

Artikel 2 Absatz 2 des Schutzbautengesetzes lautet: «Die Kantone bestimmen, inwieweit bei einem gedeckten Schutzplatzbedarf .... Schutzräume zu erstellen oder Ersatzbeiträge zu leisten sind.» Ähnliches liest man in Artikel 3 Absatz 3 der Schutzbautenverordnung.

Das ist ein klassisches Beispiel einer teuren helvetischen Überregulierung. Auch wenn man dem Zivilschutz und dem Schutzbau positiv gegenübersteht, so geht es doch nicht an zu sagen, dass dann, wenn der Schutzplatzbedarf gedeckt ist, irgend jemand entscheidet, ob weitere Schutzbauten erstellt werden, sondern dann gebietet die Logik, dass keine weiteren mehr gebaut werden.

Der Stellungnahme des Bundesrates entnehme ich, dass Herr Bundesrat Koller und ich uns einig sind, und zwar zunächst hinsichtlich des baulichen Zivilschutzes generell, nämlich des Bevölkerungsschutzes für Kriegs- und Katastrophenfälle. Wir sind uns aber auch einig, Herr Bundesrat Koller, dass örtliche Überangebote an Schutzräumen vermieden werden sollen. Schutzbauten, die wir erstellen, wenn der Schutzraumbedarf gedeckt ist, sind Kosten ohne Nutzen. Da sind wir uns vollkommen einig, wie ich Ihrer Stellungnahme entnehme.

Ich kenne die neuen Weisungen des Bundesamtes für Zivilschutz vom 8. August 1996; ich habe sie gelesen. Es heisst dort unter Ziffer 1 – ich habe Freude darüber –: «Die Überproduktion von Schutzplätzen soll vermieden werden.» Das ist das Ziel der Motion. In der Weisung steht jedoch logischerweise auch – was vom Gesetz übernommen ist –, dass dort, wo der Schutzplatzbedarf gedeckt ist, die Kantone entscheiden.

Mir ist klar, in den Weisungen kann man nichts anderes schreiben, als was im Gesetz steht. Weil das so ist, bin ich nicht der Meinung, dass die Motion nur als Postulat überwiesen werden solle. Die guten Absichten des Bundesamtes sind unbestritten. Es gibt viele Kantone, die das auch korrekt ausführen; ich bestreite das nicht. Das andere ist, dass wir einen offensichtlich ungenügend formulierten Text bei Gelegenheit ändern sollten. Zu Normen und Standards, die gerade im Wohnungsbau durchzuforschten sind, gehört, dass nicht kostentreibend Schutzräume erstellt werden, wo es gar keine mehr braucht.

Einverstanden bin ich damit, dass die Gesetzesrevision sich nicht nur auf das zahlenmässige Moment bezieht; es ist klar, dass es auch um die Qualität der Schutzräume geht, und genau deswegen stehen Sie nicht einer parlamentarischen Initiative, sondern einer Motion gegenüber. Das muss man genau formulieren, da kann man nicht mit einem Federstrich darüber.

Mit der Motion obliegt dem Bundesrat die Ausarbeitung der verlangten Änderung. Die Änderung ist notwendig, denn den heutigen Text versteht niemand. Kein Wohneigentümer – Sie wissen, ich bin auch im Zentralvorstand des Schweizerischen Hauseigentümerverbandes – versteht den Sinn eines solchen Textes, wonach man auch nur theoretisch weitere Schutzräume baut, wenn der Bedarf gedeckt ist.

Deswegen bitte ich Sie, Herr Bundesrat Koller: Geben Sie sich einen Ruck, nehmen Sie den Vorstoss als Motion entgegen – wenn Sie es nicht tun, dann lasse ich über die Motion abstimmen! Dann bitte ich meine Kolleginnen und Kollegen – es haben solche aus allen Parteien unterschrieben –, die Motion zu überweisen. Ich nehme an, dass der Bundesrat – nachdem ich präzisiert habe, dass es nicht gegen die Schutzbautenpraxis gemäss den neuen Weisungen geht, sondern dass es sich um eine formale Anpassung handelt – dieser Motion zustimmen kann.

**Koller** Arnold, Bundesrat: Ich glaube, in bezug auf die Zielsetzung sind wir uns vollständig einig, Herr Baumberger. Ich

glaube auch, dass wir in den letzten Jahren den Beweis erbracht haben, wie sehr uns das Sparen im Zivilschutz tatsächlich ein Anliegen ist. Ich darf Sie nur daran erinnern, dass wir die Aufwendungen für den Zivilschutz vom Jahre 1991, als es noch 219 Millionen Franken waren, auf 128 Millionen Franken im Jahre 1996 heruntergebracht haben. Diese Einsparungen wurden ja gerade schwergewichtig im Bereich des baulichen Zivilschutzes realisiert, indem wir beispielsweise auf Schutzplätze bei Umbauten und Aufbauten verzichtet sowie eine allgemeine Reduktion der vorgeschriebenen Schutzplätze bei Neubauten vorgenommen haben. In bezug auf das Ziel also besteht vollständige Übereinstimmung.

Es freut den Bundesrat auch, dass Herr Baumberger doch zum grundlegenden Prinzip steht, wonach wir auch im Bereich der Schutzbauten die Chancengleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger aufrechterhalten wollen. Von gewisser Seite ist man dagegen schon oft angetreten; wir möchten, dass auch im Bereich der Schutzbauten, trotz all dieser Sparmassnahmen, die Chancengleichheit aller Bürgerinnen und Bürger gewahrt bleibt. Das heisst auch, dass wir eigentlich heute nur noch Lücken schliessen.

Weshalb wir im Bundesrat nun das Anliegen nicht als Motion entgegennehmen wollten, sondern die Umwandlung in ein Postulat vorgeschlagen haben, hat eigentlich zwei Gründe: Erstens meinen wir, dass wir das Ziel, das Sie vorgeben, Herr Baumberger, aufgrund der Weisungen, die Sie selber zitiert haben, erreichen können. Und wenn natürlich das Ziel ohne Gesetzesänderung erreicht werden kann, dann scheint uns eine Gesetzesänderung nicht nötig. Würde sich dagegen erweisen – Sie wissen, die Weisungen stammen vom August dieses Jahres –, dass wir das Ziel nicht erfüllen können, dann wäre der Gesetzgeber klar zum Handeln aufgerufen.

Die zweite Sorge ist, dass wir bei einer wörtlichen Umsetzung Ihrer Motion mit dem Prinzip der rechtsgleichen Behandlung in Schwierigkeiten geraten könnten, weil dann neue Bauwillige weder der Baupflicht noch der Pflicht zur Leistung von Ersatzbeiträgen unterständen.

Das waren die Gründe, weshalb wir Ihnen die Umwandlung in ein Postulat vorgeschlagen haben. Aber in bezug auf das Ziel stimmen wir mit Ihnen vollständig überein.

**Le président:** Le Conseil fédéral propose de transformer la motion en postulat. M. Baumberger maintient la motion.

*Abstimmung – Vote*

Für Überweisung der Motion  
Dagegen

96 Stimmen  
2 Stimmen

96.3247

## Motion Chiffelle

### Umwandlung von Geldstrafen in Haftstrafen. Einfache Anpassung des Tarifs

### Conversion des amendes en arrêts. Adaptation simple du barème

*Wortlaut der Motion vom 6. Juni 1996*

Wegen der schlechten Wirtschaftslage werden deutlich mehr Geldstrafen in Haftstrafen umgewandelt als früher, wodurch im Strafvollzug unverhältnismässige Kosten entstehen. Der Bundesrat wird aufgefordert, rasch und unabhängig vom Revisionsentwurf zum allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches einen Änderungsvorschlag für den Artikel 49 Ziffer 3 Absatz 3 StGB vorzulegen, der den Inhalt von Artikel 29 Absatz 2 des Entwurfes der Expertenkommission übernimmt. Nach diesem Artikel entspricht ein Tag Haft dem mittleren Nettotageseinkommen, das der oder die Verurteilte

zum Zeitpunkt des Urteils hat, wobei dafür eine minimale und eine maximale Summe festgelegt werden müssen.

*Texte de la motion du 6 juin 1996*

Au vu de la très nette augmentation des cas de conversion d'amendes en arrêts en raison de la conjoncture et du coût manifestement disproportionné que cela engendre en matière d'exécution des peines, le Conseil fédéral est invité à présenter rapidement et indépendamment du projet de révision de la partie générale du Code pénal, un projet de modification de l'article 49 chiffre 3 alinéa 3 du Code pénal calqué sur l'article 29 alinéa 2, du projet de la commission d'experts, soit un jour d'arrêts correspondant au revenu journalier moyen net de l'auteur au moment du jugement, un montant minimum et un montant maximum devant être fixés.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Aeppli, Aguet, Alder, Berberat, Blaser, Borel, Carobbio, Christen, de Dardel, Fankhauser, Goll, Guisan, Günter, Hafner Ursula, Herczog, Hilber, Hollenstein, Hubmann, Jeanprêtre, Leemann, Maury Pasquier, Müller-Hemmi, Rennwald, Roth, Ruffy, Simon, Stump, Thanei, Vermot, Weber Agnes, Ziegler (31)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

La conjoncture a eu pour effet d'augmenter très sensiblement les cas de conversion d'amendes en arrêts, de nombreux condamnés frappés par la crise n'étant plus en mesure de s'acquitter de leur dû. Or, si la disposition topique du Code pénal prévoit la conversion à raison d'un jour d'arrêts pour 30 francs d'amende, le coût pour les autorités d'exécution des peines d'arrêt se situe entre 100 francs et 200 francs. Il y a là à l'évidence une disproportion qui peut être corrigée rapidement. A cela s'ajoute le fait que l'exécution de nombreux jours d'arrêts est encore susceptible de péjorer la situation socioéconomique des condamnés concernés, ce qui n'était, à l'évidence, pas le but du législateur.

Certes, dans le cadre de sa réponse du 30 mai 1994 à une interpellation Raggenbass du 18 mars 1994, le Conseil fédéral indiquait vouloir régler cette question dans le cadre de la révision de la partie générale du Code pénal. Il indiquait alors espérer pouvoir déposer le message à ce propos durant l'année 1996. Le Conseil fédéral a également répondu dans ce sens à une intervention de la Conférence des chefs des départements cantonaux de justice et police.

Au vu du contenu du projet de Code pénal et du résultat de la procédure de consultation, il apparaît toutefois que certains éléments beaucoup plus fondamentaux de cette révision entraîneront plusieurs controverses qui risquent de retarder sérieusement l'adoption de l'ensemble du projet par les Chambres fédérales.

Ce serait ainsi faire preuve de souplesse et d'efficacité, tant au niveau de l'exécutif que du législatif que de proposer et d'adopter rapidement un projet de révision partielle portant uniquement sur ce point précis afin d'adapter la législation en la matière à la réalité des faits plutôt que de laisser subsister jusqu'à l'adoption d'un projet de révision plus globale une pratique qui constitue une aberration sur plusieurs points.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

*vom 28. August 1996*

*Rapport écrit du Conseil fédéral*

*du 28 août 1996*

La réglementation de l'article 49 chiffre 3 alinéa 3 CP, entrée en vigueur en 1971, selon laquelle un jour d'arrêts sera compté pour 30 francs d'amende, soulève plusieurs questions. Nous notons, d'une part, qu'en dépit de la dépréciation de la monnaie, la clé de conversion n'a fait l'objet d'aucune adaptation ces 25 dernières années alors que le montant moyen des amendes prononcé par les tribunaux pour des délits comparables n'a pas cessé d'augmenter durant la même période. Il résulte de ce défaut d'ajustement qu'à infraction égale, les peines issues d'une conversion sont prononcées pour une durée plus longue aujourd'hui qu'à l'heure de l'introduction de la disposition. D'autre part, les statistiques sur l'exécution des peines révèlent une importante augmentation

## **Motion Baumberger Verzicht auf überzählige Schutzräume**

### **Motion Baumberger Abris de protection civile superflus**

|                     |                                              |
|---------------------|----------------------------------------------|
| In                  | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung     |
| Dans                | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale    |
| In                  | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr                | 1996                                         |
| Année               |                                              |
| Anno                |                                              |
| Band                | III                                          |
| Volume              |                                              |
| Volume              |                                              |
| Session             | Herbstsession                                |
| Session             | Session d'automne                            |
| Sessione            | Sessione autunnale                           |
| Rat                 | Nationalrat                                  |
| Conseil             | Conseil national                             |
| Consiglio           | Consiglio nazionale                          |
| Sitzung             | 13                                           |
| Séance              |                                              |
| Seduta              |                                              |
| Geschäftsnummer     | 96.3298                                      |
| Numéro d'objet      |                                              |
| Numero dell'oggetto |                                              |
| Datum               | 03.10.1996 - 08:00                           |
| Date                |                                              |
| Data                |                                              |
| Seite               | 1783-1785                                    |
| Page                |                                              |
| Pagina              |                                              |
| Ref. No             | 20 040 926                                   |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.